Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Bergedorf
Bezirksversammlung

Antrag Grüne Fraktion Bergedorf **öffentlich**	Drucksachen–Nr.: **20-0211.3** Datum: 18.06.2015
	Aktenzeichen:

Beratungsfolge		
	Gremium	**Datum**
	Bezirksversammlung Bergedorf	25.06.2015

Radfahr- oder Schutzstreifen im Weidenbaumsweg II

Sachverhalt:
Antrag der BAbg. Fleige und Fraktion GRÜNE

Im Bereich des Weidenbaumswegs sind verschiedene Bauprojekte geplant, bzw. bereits in der Realisierungsphase. Es sollen ca. 1000 Wohnungen und etliche andere Gebäude neu geschaffen werden. Die verkehrliche Anbindung an den Weidenbaumsweg soll über Kreisel erfolgen. Durch die Addition der prognostizierten zusätzlichen Verkehre ist von einer Erhöhung der Verkehrsbelastung auf ca. 17.000 Fahrzeuge auszugehen. Aktuell beträgt die Verkehrsbelastung ca. 11.000 Fahrzeuge. Auf Grund dieser erheblichen Steigerung der Verkehrsbelastung ist zu bezweifeln, ob der jetzige Ausbaustandard der Straße den Anforderungen entspricht.

Für die Radfahrer ist bisher die sogenannte „Berliner Lösung“ geplant. D.h., sie werden kurz vor dem Kreisel auf die Fahrbahn geleitet und anschließend wieder zurück auf den Radweg geführt. Dies bedeutet in der Praxis zwischen Fiddigshagen und Sander Damm ein mehrmaliges Wechseln zwischen Radweg und Fahrbahn. Ergänzend ist festzustellen, dass diese vorhandenen Radwege mit einer Breite von 1 bis 1,2m nicht den Vorgaben der PLAST9 entsprechen.

Auch die vorhandenen Gehwegbreiten entsprechen nicht der PLAST10 (Barrierefreie Verkehrsanlagen).

Problematisch ist die Engstelle im Bereich Weidenbaumsweg 93. Solange dieses Gebäude dort vorhanden ist, sieht die Polizei keine Möglichkeit, dort die Situation zu verbessern.

Petitum/Beschluss:
Wir beantragen daher, die Bezirksversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt erarbeitet Vorlagen für eine Umgestaltung des Bereichs zwischen Weidenbaumsweg Hausnummer 84 (ca.) und dem Fiddigshagen. Für den Radfahrverkehr sind Varianten mit Radfahr- und mit Schutzstreifen zu erarbeiten. Beide Varianten inklusive der zu erwartenden Kosten werden im Ausschuss für Verkehr und Inneres vorgestellt. Der Ausschuss stimmt dann darüber ab.

Anlage/n: